

Zu spät, um Europa zu retten: Was mir Putin, Lawrow, Oreschkin und Karaganow auf dem Valdai-Gipfel 2026 gesagt haben

Wenn die Tür, von der Moskau behauptet, sie sei offen, tatsächlich geschlossen ist, dann ist sie von dieser Seite her geschlossen – und es war nicht Rom, das sie aus eigenem Antrieb geschlossen hat.

5. Oktober 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Ein Valdai-Gipfel abseits des Hauptveranstaltungsortes

Was ich in diesem Artikel schildern werde, ist weniger fachlich und persönlicher als sonst. Es geht um die Erkenntnisse, die ich im Laufe mehrerer Tage voller Dialoge, Diskussionen über eine offenbar „skandalöse“ Frage gewonnen habe, die in Europa für großes Medienaufsehen sorgte – weil ich den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Wladimirowitsch Putin, gefragt habe, was aus Europa werden wird.

Das vollständige Video der Rede von Wladimir Putin auf dem Valdai-Forum finden Sie [hier](#).

Meine Ausführungen und Putins Antworten finden Sie [hier](#).

In diesem Jahr fand das Valdai-Forum nicht in Sotschi statt. In den im Sommer versandten Einladungen war die Stadt am Schwarzen Meer noch als Veranstaltungsort angegeben, doch Ende August kündigten die Organisatoren die Verlegung in die Region Moskau an. Laut der [Financial Times](#) hatte der Föderale Sicherheitsdienst die Verlegung gefordert, da er nach einer Reihe von Angriffen auf Raffinerien an der Küste im Sommer die Gefahr durch ukrainische Drohnen befürchtete. Dieses logistische Detail hat sein eigenes Gewicht. Der Krieg – der in Valdai stets in der Sprache des internationalen Systems diskutiert wird – beeinflusst nun auch die praktische Organisation des Forums.

Die 23. Jahrestagung fand vom 28. September bis zum 1. Oktober unter einem Titel statt, der für einen Europäer fast wie eine persönliche Frage klingt: „Verantwortung für die Zukunft: Die Grenzen des Möglichen oder grenzenlose Möglichkeiten?“ Zur Eröffnung wurde der Jahresbericht des Clubs vorgestellt: „[Ruhe bewahren. Der Staat und die Verantwortung für die Zukunft](#)“, den die Autoren – in Anlehnung an Kubrick – als Leitfaden präsentieren, um mit dem Grübeln aufzuhören und das Chaos lieben zu lernen. Es folgten neun thematische Sitzungen, eine Sondersitzung und am letzten Tag die Plenarsitzung mit dem Präsidenten.

Ich kam als Italiener und als Europäer an, wohl wissend, dass diese beiden Identitäten in jenen Sälen ein unterschiedliches Gewicht haben. Im Laufe der Woche sprach ich insbesondere mit vier hochrangigen Gesprächspartnern: Sergej Karaganow, Maksim Oreschkin, Sergej Lawrow und – während der Plenarsitzung – Wladimir Putin. Die ersten drei Gespräche fanden am Rande der Sitzungen statt, und ich gebe sie anhand meiner Notizen wieder – also im Wesentlichen nicht wort-

wörtlich. Der vierte Austausch ist öffentlich und durch ein Protokoll dokumentiert, aus dem ich direkt zitiere.

Taken one by one, the four dialogues convey things that anyone following the Russian debate is already familiar with. When viewed in sequence, however, they paint a clearer picture: a shared assessment of Europe and four different ways of drawing conclusions from it. And, above all, a future that is by no means bright.

Karaganow: Europa als Quelle des Bösen

Sergei Karaganow ist einer der Gründer des Valdai-Clubs, Ehrenvorsitzender des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik und seit Jahren die radikalste Stimme des russischen Realismus. Mit ihm begann das Gespräch sofort mit dem umstrittensten Punkt. Europa, sagte er, sei die Wurzel allen Übels. Würde es zerstört, würde niemand darum trauern. Ein taktischer Atomkonflikt auf seinem Territorium würde keine anderen Akteure mit hineinziehen. Die Europäer hätten reichlich Zeit gehabt, eine Lösung für ihre eigenen Probleme zu finden; nun, da sie sich entschieden hätten, sich auf einen Krieg gegen Russland vorzubereiten, sei es zu spät, ihnen noch eine weitere Chance zu geben.

Ich muss ehrlich sein: Ich war nie ein Fan von Karaganow; oft fand ich seine Ansichten zu radikal und altmodisch. Doch beginnend mit einem gemeinsamen Kaffee nach dem Mittagessen – und fortgesetzt im Laufe einer Woche voller Diskussionen – stellte ich fest, dass wir sehr ähnlich denken und dass seine Ansichten keineswegs trivial sind. Jeder, der seine jüngsten Äußerungen gelesen hat, wird diese Denkweise wiedererkennen.

Im Juni 2023 hatte Karaganow [öffentlich argumentiert](#), Russland solle die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen senken, um die Glaubwürdigkeit seiner Abschreckung wiederherzustellen und den Westen dazu zu bewegen, sich aus dem Konflikt in der Ukraine zurückzuziehen. Ein Teil dieses Ansatzes floss anschließend in [offizielle Dokumente](#) ein: Die im November 2024 aktualisierten „Grundsätze der staatlichen Politik der Russischen Föderation im Bereich der nuklearen Abschreckung“ behandeln den Angriff eines nichtnuklearen Staates, der unter Beteiligung oder mit Unterstützung einer Atommacht durchgeführt wird, als gemeinsamen Angriff.

Seine Worte enthalten jedoch drei unterschiedliche Aussagen, und es lohnt sich, diese getrennt zu betrachten.

- Die erste ist ein historisches und zivilisatorisches Urteil: Europa als Ursprung der großen Katastrophen der Moderne, von den Weltkriegern bis zum Kolonialismus. Dies ist eine These, die Karaganow seit langem vertritt und die angefochten werden kann, aber sie gehört in den Bereich der Interpretation.
- Die zweite – dass niemand um Europa trauern würde – ist eine Vorhersage über die Reaktionen anderer; nach dem, was ich in jenen Tagen beobachtet habe, findet sie bei einem bedeutenden Teil der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Teilnehmer Anklang.
- Die dritte ist eine strategische Hypothese, die allem anderen zugrunde liegt: Eine nukleare Eskalation in Europa würde auf Europa beschränkt bleiben.

Zu diesem Punkt wird in der Literatur zur Abschreckung seit siebzig Jahren diskutiert, und – glücklicherweise – fehlen empirische Belege. Der Faktor, der diese Hypothese erschwert, liegt in Europa selbst. Frankreich und das Vereinigte Königreich verfügen über nationale Arsenale, und im März 2025 hat Paris offiziell die Debatte über die europäische Dimension seiner eigenen Abschreckung eröffnet. Ein „rein europäischer“ Atomkonflikt setzt voraus, dass zwei europäische Atommächte tatenlos zusehen würden. Dies ist die schwächste Annahme in der gesamten Argumentation, unabhängig davon, wie man die beiden anderen bewertet.

Es sei zudem angemerkt, dass Karaganow nicht im Namen der Regierung spricht. Auf dem Valdai-Forum vertritt er den Flügel der russischen Debatte, der den Kreml zu eindeutigeren Positionen drängt, und eine seiner Aufgaben besteht gerade darin, die Grenzen des Sagbaren zu erweitern. So betrachtet ist sein „zu spät“ eher ein Hinweis auf einen Trend als auf eine Doktrin.

Oreshkin: Der Markt, der nicht mehr existiert

Bei Maksim Oreshkin hat sich der Ton völlig gewandelt. Als stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, ehemaliger Minister für wirtschaftliche Entwicklung und späterer Wirtschaftsberater des Präsidenten argumentiert Oreshkin anhand von Cashflows und Bilanzen. Seine Einschätzung fiel unverblümt aus: Europa ist am Ende. Auf dem Energiemarkt gibt es keinen tragfähigen Wettbewerb mehr, da China und Indien nun die Spitzenplätze unter den Abnehmern Russlands einnehmen. Und es gibt keinen Grund, in eine Rettung Europas zu investieren, da die Europäer bislang kein Interesse daran gezeigt haben, eine friedliche und vernünftige Lösung zu finden. Die Frage, die ich ihm während des Treffens mit den Valdai-Teilnehmern gestellt hatte, lautete:

„Angesichts der Tatsache, dass die NordStream-2-Pipeline nicht mehr zur Verfügung steht – weil sie sabotiert wurde –, beabsichtigen Sie, ein neues Energietransportsystem zu finden, vorausgesetzt, Europa versöhnt sich und die diplomatische Lage verbessert sich?“ Seine unverblünte – und vielleicht brutale – Antwort ist wie ein Dolch der Wahrheit, der in das Gewissen jedes Europäers gestoßen wird:

„Vorbei“ ist hier im technischen Sinne zu verstehen. Oreshkin sprach nicht direkt von der europäischen Zivilisation, sondern von Europa als Handelspartner: einem Markt, der für Russland keine zentrale Rolle mehr spielt und daher keine politischen Zugeständnisse rechtfertigt, um ihn zurückzugewinnen. Nach 2022 fand russisches Rohöl seine Hauptabnehmer in China und Indien, während sich Brüssel durch die Vereinbarung zwischen dem Rat und dem EU-Parlament im Dezember 2025 dazu verpflichtete, die Importe von russischem Gas – einschließlich Pipelinegas und LNG – bis 2027 auslaufen zu lassen. Die energiepolitische Verflechtung, die Europa und Russland ein halbes Jahrhundert lang – selbst in den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges – miteinander verbunden hatte, wurde von beiden Seiten abgebaut.

Oreshkins Argumentation bringt die einfachste Konsequenz daraus auf den Punkt: Wer nicht mehr der Hauptabnehmer ist, hat auch keinen Einfluss mehr. Das sind die Gesetze des Marktes, und weder in London noch in Berlin noch in Brüssel gibt es noch Politiker oder Machtgruppen, die Russland vorschreiben können, „was zu tun ist“.

Auch in Moskau ist die Kehrseite dieser Medaille wohlbekannt. Ein Markt, der von zwei großen Abnehmern dominiert wird, ermöglicht es diesen, Preisnachlässe zu verlangen, und der Austausch Europas gegen Asien ist mit Kosten in Bezug auf den Preis und den Zugang zu Technologie ver-

bunden. Doch nach der mir dargelegten Logik geht es nicht mehr darum, ob Europa im Interesse Russlands liegt. Es geht vielmehr darum, wie viel es kosten würde, es wieder vorteilhaft zu machen, und die implizite Antwort lautet, dass die Europäer diese Kosten tragen müssen.

Lawrow: Die Tür zu „dieser“ Ordnung ist geschlossen

Im Gespräch mit Sergej Lawrow verlagerte sich die Diskussion von der Wirtschaft zur Diplomatie, ohne dass sich die Schlussfolgerung änderte. Europa, so sagte er, habe viele Gelegenheiten gehabt, den Dialog mit Russland wieder aufzunehmen, habe sich stattdessen aber dafür entschieden, die direkte Konfrontation anzuheizen. Nun sei es zu spät, um umzukehren: Alle Grenzen seien überschritten worden, und bei der momentanen europäischen Ordnung gebe es keinen Weg zurück zu den früheren Beziehungen.

Ich möchte, dass wir einen Moment innehalten, um über die Tragweite dieser Worte nachzudenken. Wer Lawrow kennt, weiß, dass er ein Politiker ist, der jedes Wort mit großer Klugheit abwägt, selbst in einem eher ungezwungenen Rahmen wie dem Valdai-Gipfel. „Die Grenzen wurden überschritten.“ Es wäre sinnlos, diese Grenzen aufzuzählen, denn sie sind für die ganze Welt so offensichtlich, dass es schlichtweg Zeitverschwendung wäre. Aber der Blick in Lawrows Augen, als er über Europa sprach – den werde ich nie vergessen. Ich habe ihn schon oft getroffen, aber bei dieser Gelegenheit war da etwas anders.

Der Minister kann auf eine Reihe von Ereignissen zurückblicken, auf die sich die russische Diplomatie regelmäßig bezieht:

- Die Minsker Vereinbarungen;
- die am 17. Dezember 2021 den USA und der NATO vorgelegten Vertragsentwürfe über Sicherheitsgarantien
- sowie die Istanbuler Verhandlungen im Frühjahr 2022.

Die russische Interpretation jeder dieser Entwicklungen ist umstritten und wird in Europa angefochten. Was mich hier interessiert, ist ein anderer Aspekt – eine Einschränkung, die sich beim erneuten Lesen nach der Plenarsitzung als Schlüssel zur gesamten Woche erwies. Eine Rückkehr ist unter diesen europäischen Rahmenbedingungen unmöglich. Nicht mit Europa in seiner derzeitigen Form – also der EU und der NATO. Die Ablehnung betrifft eine herrschende Klasse und eine institutionelle Architektur, nicht die Länder, die Teil davon sind.

Ich frage mich, wie sehr die Geduld der Russen missbraucht worden sein muss, dass man nun so weit geht, solche Dinge zu sagen? Die klassische russische Literatur bietet uns bewundernswerte Beispiele dafür, wie russische Politiker in der Lage sind, Zeit zu schinden, Dinge zu ignorieren und Geduld zu üben. Und es lässt sich nicht leugnen, dass dies in den letzten Jahren des Konflikts durchweg die Haltung der russischen herrschenden Klasse war.

So weit zu gehen, zu sagen, dass die Grenze überschritten wurde – was Putin später in der Plenarsitzung des Gipfels wiederholen sollte –, bedeutet, dass keine Ressourcen mehr für geduldiges Abwarten verschwendet werden können; es bedeutet, dass der Bär zum falschen Zeitpunkt aus seinem Winterschlaf geweckt wurde; es bedeutet, dass die Folgen dieser Handlungen von epochaler Bedeutung sein werden.

Lawrow fügte noch etwas hinzu: „Wir sind bereit, Europa exemplarisch zu treffen, nicht so wie wir es in der Ukraine getan haben.“ Nehmt diese Worte zur Kenntnis, liebe europäische Freunde. Lest sie noch einmal und denkt über ihre Tragweite nach. Mehr muss dazu nicht gesagt werden.

Ein italienischer Professor stellt Putin eine Frage

Wir kommen nun zu einem der gefährlichsten Momente meiner Karriere. Die Plenarsitzung fand, wie es Tradition ist, in Anwesenheit des russischen Präsidenten und unter der Moderation von Fjodor Lukjanow statt. Ich ergriff das Wort und stellte eine zweiteilige Frage:

„Ich komme aus Italien, einem Land, das derzeit keine guten Beziehungen zu Russland unterhält. Als Europäer möchte ich Sie fragen: Welche Bedingungen wird Russland für die Entwicklung eines neuen Sicherheitssystems für die europäischen Länder stellen? Und wenn wir uns ein Europa nach dem Ende der EU vorstellen, werden Sie es als Teil einer großen eurasischen Partnerschaft betrachten, oder werden Ihrer Ansicht nach die USA und Russland immer um diese Gebiete konkurrieren?“

Putin begann mit dem zweiten Teil, und die Reihenfolge ist kein Zufall:

Italien liegt ja in Europa, und ich spreche von einer eurasischen Partnerschaft: Es versteht sich daher von selbst, dass wir Italien ebenfalls als eurasischen Partner betrachten werden – und bereits betrachten.

Unmittelbar danach stellte er klar, dass das Schicksal der EU und Italiens weiterer Verbleib in ihr „uns nichts angeht“. Moskau habe nicht einmal die Absicht, darüber zu diskutieren, da jede Äußerung zu diesem Thema als Versuch interpretiert würde, die EU zu spalten, „während wir überhaupt nichts spalten wollen. Wir wollen nur aufbauen und zusammenarbeiten.“

Was die Bedingungen für ein neues Sicherheitssystem angeht, fiel die Antwort eindeutig aus: „Wir stellen keine Vorbedingungen.“ Das Hindernis liege seiner Ansicht nach auf der anderen Seite. Einige europäische Politiker halten es für inakzeptabel, dass ein einzelnes Land einen Dialog mit Russland aufnimmt, und Putin hat diese Forderung als ein Diktat bezeichnet, das noch härter sei als das der Sowjetzeit. Der Vergleich war sorgfältig gewählt: Die UdSSR war ein einheitlicher und stark zentralistischer Staat, dessen Republiken Teil einer einzigen staatlichen Struktur waren; die EU ist dies theoretisch nicht, verhält sich in der Praxis jedoch so, als wäre sie es. „Niemand verbietet es uns; wir sind bereit.“

An dieser Stelle warf Lukjanow eine provokante Bemerkung ein, wie sie für einen erfahrenen Moderator typisch ist: Da Brüssel es verbietet, wäre es dann nicht besser, ein wenig zum Zerfall der EU beizutragen, um den Umgang mit einzelnen Ländern zu erleichtern? Putins Antwort kam ohne Zögern:

Aber das ist nicht nötig – sie werden von selbst auseinanderfallen.

Dann wandte sich Putin direkt an mich: „Unser italienischer Kollege weiß das besser als wir“, sagte er und begann, die Zahlen aufzuzählen: Die italienische Staatsverschuldung liege bei 140 Prozent, das Defizit bei rund 3 Prozent und in anderen europäischen Ländern bei fast 5 Prozent. Die Zahlen waren gerundet, lagen aber nicht weit von der Wahrheit entfernt. Laut [Istat](#) und Eurostat belief sich Italiens Staatsverschuldung Ende 2024 auf 135,3 Prozent des BIP und die Nettokreditaufnahme auf

3,4 Prozent. In dieser Passage ging es jedoch nicht um die Dezimalstellen. Alle Probleme beginnen mit der Wirtschaft: Der Lebensstandard sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, und die Bürger der großen europäischen Volkswirtschaften spüren dies am eigenen Leib – und dies, so sagte er, „untergräbt auch die Grundfesten der EU. Aber das geht uns nichts an; wir mischen uns nicht ein.“

Abschließend bekräftigte er das Angebot in ausgewogener Weise: Dialog mit der Union als Ganzes, falls die Union dies wünscht, oder mit einzelnen Ländern, ohne Vorbedingungen. „Aber auch auf europäischer Seite darf es keine Vorbedingungen geben.“

Der Versuch, das Ausmaß dieser Worte, das politische Gleichgewicht, das sie offenbaren, und die Stärke eines Staatsmannes zu erfassen, dem nicht nur das Wohl seines eigenen Landes, sondern auch das eines ganzen anderen Kontinents am Herzen liegt, ist eine echte Lektion darüber, worum es in der Politik wirklich geht.

Hören Sie sich Putins gesamte Rede an, und Sie werden verstehen, wie es möglich ist, in weniger als fünf Minuten den Niedergang ganz Europas in all seinen Facetten zu erfassen und gleichzeitig wehmütig zu betonen, dass Russland alles in seiner Macht Stehende getan hat, um seine Hilfe anzubieten. Doch die Entscheidungen der Europäer liegen bei ihnen selbst, welche Flagge sie auch immer hissen mögen. Russland respektiert die Grundprinzipien seiner Außenpolitik und seiner politischen Tradition und wird dies auch stets tun. Kein wundersamer Messianismus, kein improvisierter Retter.

Europa – oder besser gesagt: die Europäer dieses Europas – was gedenken sie zu tun?

Beim erneuten Lesen meiner Reiseaufzeichnungen

Beim erneuten Durchlesen meiner Notizen nach meiner Rückkehr fällt mir als Erstes die Übereinstimmung der Ansichten auf. Der Stratege, der Ökonom, der Außenminister und der Präsident haben jeweils mit ihren eigenen Worten dieselbe Einschätzung zum Ausdruck gebracht: Das heutige Europa hat sein Guthaben bei Moskau aufgebraucht. Als Zweites fällt auf, dass jeder aus dieser Diagnose eine andere Schlussfolgerung zieht.

- Für Karaganow ist die Schlussfolgerung zwingend und nimmt einen fast endzeitlichen Ton an: Europa hatte seine Chance, und was nun folgt, ist keine Angelegenheit der Diplomatie mehr.
- Für Oreschkin ist es eine Frage der nüchternen, harten Kalkulation: Europa ist die Investition, die nötig wäre, um es zurückzugewinnen, nicht wert.
- Für Lawrow ist es ein begrenzter diplomatischer Rückzug, der sich eher auf die politische Struktur als auf die Menschen konzentriert.
- Für Putin schließlich bleibt die Tür offen – allerdings in Richtung einzelner Staaten, nicht in Richtung Brüssel –, verbunden mit der Erwartung, dass der wirtschaftliche Niedergang den Rest erledigen wird.

Der scheinbare Widerspruch zwischen der Haltung der ersten drei, wonach es „zu spät“ sei, und der Haltung des vierten, der „keine Vorbedingungen“ fordert, wird gerade durch Lawrows Charakterisierung aufgelöst. Das Ergebnis ist eine schlüssige Linie, die ich als „Bilateralisierung“ bezeichnen würde: Moskau wird mit der EU nicht als politische Einheit verhandeln, solange deren derzeitige

Führung im Amt bleibt; es bietet einzelnen Mitgliedstaaten Kanäle ohne Vorbedingungen an und lässt angesichts der internen Schwierigkeiten Europas diese Kanäle attraktiv erscheinen. Die Bezugnahme auf Italien als eurasischen Partner „bereits heute“ muss in diesem Rahmen verstanden werden: Es handelt sich nicht um eine Höflichkeitsfloskel, sondern um einen Hinweis darauf, welchen Gesprächspartner Moskau bevorzugt.

Ich kann sicherlich nicht behaupten, dass die vier herausragenden Gesprächspartner zu einer Eini-gung gelangt wären – das versteht sich von selbst –, aber ich empfand diese Annäherung als wahrhaft „prophetisch“. Valdai war schon immer der Ort, an dem die Bandbreite der russischen Debatte einem ausländischen Publikum präsentiert wird. Ich kann sagen, dass diese Perspektiven miteinander vereinbar sind und sich gegenseitig verstärken: Karaganows harte Haltung lässt Putins Angebot moderat erscheinen; Oreshkins Zahlen verleihen der Vorstellung Glaubwürdigkeit, dass Moskau keine Zugeständnisse machen muss; und Lawrows Formel – Ablehnung von EU und NATO – schafft ein Gleichgewicht zwischen Entschlossenheit und Offenheit.

Die Staatsschuldenkrise von 2010–2012 führte zur Schaffung des Europäischen Stabilitätsmecha-nismus und der Bankenunion; die Pandemie führte zu „Next Generation EU“ und der ersten groß angelegten gemeinsamen Verschuldung. Innerhalb der EU haben Krisen mindestens ebenso viel Zentralisierung wie Fragmentierung hervorgebracht. „Sie werden von selbst auseinanderfallen“ ist daher ein Glücksspiel, keine Feststellung – auch wenn dieses Glücksspiel für diejenigen, die es eingehen, kaum etwas kostet: Wenn die EU zusammenhält, hat Moskau zumindest einen Dialog angeboten; wenn sie zusammenbricht, verfügt Moskau bereits über bilaterale Kanäle.

Die Indikatoren, die in den nächsten zwölf bis achtzehn Monaten zu beobachten sind, sind recht eindeutig. Der erste betrifft bilaterale Besuche von EU-Regierungschefs in Moskau, zusätzlich zu den früheren Besuchen von Viktor Orbán im Juli 2024 und Robert Fico im Mai 2025.

Der zweite betrifft die Frage, ob bei den halbjährlichen Verlängerungen der Sanktionen Einstimmig-keit herrscht, da bereits ein einziges Veto ausreicht, um einen Riss zu verursachen.

Der dritte betrifft nationale Ausnahmeregelungen vom Zeitplan für den Ausstieg aus russischem Gas.

Der vierte – und für uns bedeutendste – ist die mögliche Eröffnung eines strukturierten Kanals durch eine wichtige Hauptstadt, darunter Rom.

Was nehme ich daraus mit? Als Italiener ist der Satz, den ich mitnehme, nicht der über den Zerfall; es ist der andere: „Wir betrachten Italien bereits ebenfalls als eurasischen Partner.“ Er enthält so-wohl ein Angebot als auch eine an uns gerichtete Feststellung. Wenn die Tür, von der Moskau sagt, sie sei offen, tatsächlich geschlossen ist, dann ist sie auf dieser Seite geschlossen – und es war nicht Rom, das sie aus eigenem Antrieb geschlossen hat.

Wie lange kann es sich ein Land mit einer Verschuldung von über 135 Prozent des BIP noch leisten, es anderen zu überlassen, zu entscheiden, wer mit wem sprechen darf? Niemand in Moskau hat mich das gefragt. Es ist eine Frage, die ich mir selbst mit nach Hause genommen habe. Und jeder Italiener mit gutem Gewissen, jeder Europäer, der noch ein Herz hat, kennt die Antwort.